

I. Qualität in der frühkindlichen Bildung:

- 1) *Welche Bedeutung haben Familienzentren aus Sicht der FDP für die Qualität und Chancengerechtigkeit in der frühkindlichen Bildung?*
- 2) *Was plant Ihre Partei in der kommenden Legislatur, um nach dem quantitativen Ausbau nun auch den qualitativen Ausbau im U3-Bereich zu verbessern? Was hat die FDP in der vergangenen Legislatur bereits umgesetzt?*
- 3) *Welche Fachkraft-Kind-Relation (U3- und Ü3-Bereich) strebt die FDP in Berlin an, um die Bildungsqualität und die Chancengerechtigkeit im frühkindlichen Bereich weiter zu verbessern?*
- 4) *Wie möchte die FDP Familienzentren (nach der obenstehenden Definition) in Berlin in der kommenden Legislatur zusätzlich fördern und Anreize für die Entstehung neuer Familienzentren geben?*
- 5) *Der Bundesverband für Familienzentren e.V. hält vor allem den Early Excellence Ansatz und das Sure Start Programm aus England geeignet, um Inklusion (Inklusion nach:Prengel, Annedore: Pädagogik der Vielfalt. Opladen1993/2006) in Berlin gelingend umzusetzen. Wie möchte die FDP in der kommenden Legislaturperiode die Inklusion im frühkindlichen Bereich in Berlin - auch vor dem Hintergrund der Zuwanderung von Menschen mit Fluchterfahrung - weiter vorantreiben?*

Für die FDP sind Familienzentren eine wichtige und unterstützende sozialraumorientierte Einrichtungen für Familien. In der letzten Legislatur war die FDP nicht im Abgeordnetenhaus vertreten. In den Jahren 2006-2011 hat sich die FDP Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus für die Einrichtung von Familienzentren eingesetzt. Es ist gelungen, in Berlin 31 Familienzentren einzurichten, 5 weitere werden bis 2017 hinzukommen. Dieses werden wir bei einem Wiedereinzug in das Abgeordnetenhaus unterstützen.

Der qualitative Ausbau der Kinderbetreuung hat für die FDP hohe Priorität. Berlin hat in den letzten Jahren viel für den quantitativen Ausbau getan, jetzt ist es dringend notwendig, an die Qualität zu denken. Das bedeutet, mehr Zeit für Nach- und Vorbereitung für das Personal, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen auch für die Tagesmütter und Tagesväter. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, die Fachkraft-Kind-Relation in Berlin zu verbessern. Es hat sich leider gezeigt, dass Berlin hier bundesweit das Schlusslicht bildet.

Die FDP sieht ebenso wie der Bundesverband der Familienzentren den Early Excellence Ansatz als eine geeignete Basis, Inklusion umzusetzen.

II. Strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen

- 1) *Möchte die FDP Einrichtungen, die ein umfassendes und ganzheitliches Angebot für Familien anbieten, zusätzlich fördern?*
 - a. *Wenn ja, welche personellen oder finanziellen Ressourcen wird die FDP auf Landesebene hierfür zur Verfügung stellen?*
 - b. *Wenn nein, wie möchte die FDP die Familienfreundlichkeit in Berlin fördern?*

- 2) *Bedarfsgerechte Vernetzung mit dem Sozialraum und ein an die Bedürfnisse der Eltern angepasstes Angebot bedürfen einer Koordination. Die Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtungen und Familienzentren mit Schulen und Einrichtungen der Familienbildung und -beratung, die auch nach § 10 Abs. 5 Kindertagesförderungsgesetz (KitaFöG) vorgesehen ist, braucht zusätzliche Strukturen. Wird die FDP bei einer Regierungsbeteiligung diesen Koordinierungsaufwand bei der Landesförderung strukturell oder finanziell berücksichtigen?*
- 3) *Sieht die FDP darüber hinaus die Notwendigkeit einer Novellierung des Kindertagesförderungsgesetzes (KitaFöG) in der kommenden Legislatur?*
 - a. *Wenn ja, in welcher Hinsicht?*
 - b. *Planen Sie in der 18. Wahlperiode eine Reduzierung der Fachkraft-Kind-Relation im U3-Bereich?*
 - c. *Plant die FDP bei einer Regierungsbeteiligung eine Ergänzung des § 14 KitaFöG (Elternbeteiligung), um eine Teilhabe von Eltern ohne Deutschkenntnisse bei der Konzeption der Kindertageseinrichtung zu ermöglichen und ihnen die Information über die Angebote der Einrichtung zur Verfügung zu stellen?*

Familienzentren entlasten Eltern, bieten ein ganzheitliches Beratungs- und Betreuungsangebot, individuelle Lösungen und können zur Verbesserung der Qualität in der Kinderbetreuung beitragen und damit zu mehr Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft, einem großen Anliegen der FDP. Die FDP wird dieses umfassende und ganzheitliche Angebot fördern und notwendige Ausgaben nicht in Frage stellen.

Familienfreundlichkeit muss jedoch weiter gedacht werden: Eine familienfreundliche Gesellschaft heißt Kinder generell willkommen und bietet unterstützende Strukturen an, die verbindlich und freiwillig von den Eltern genutzt werden können. Sie lässt den Familien die Wahlfreiheit, die Strukturen zu nutzen oder nicht. Allerdings setzt Wahlfreiheit voraus, dass die Strukturen vorhanden sind. Um nur die wesentlichen zu nennen: exzellente vorschulische und schulische Bildung, flexible Öffnungszeiten der Einrichtungen, Förderung von Schwächen und Stärken der Kinder, eine gute Infrastruktur der Bildungseinrichtungen als auch der Freizeitmöglichkeiten. Die FDP lehnt das Betreuungsgeld ab.

Die FDP ist aufgeschlossen und verlässlicher Ansprechpartner, wenn es darum geht, über neue Angebotsstrukturen zu diskutieren.

III. Vereinbarkeit Familie und Beruf

Für viele Familien und besonders für Mütter ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oft noch eine Herausforderung. Und selbst wenn es gelingt, so wären gerne mehr Mütter mit einer höheren Wochenstundenzeit erwerbstätig oder wünschen sich mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung (siehe AID:A Survey I1: Aufwachsen in Deutschland des DJI).

- 1) *Wie möchte die FDP die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Pflege und Beruf in Berlin weiter verbessern?*

- 2) *Welche Faktoren (Öffnungszeiten, Angebot, Partizipation der Eltern) sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus Sicht der FDP maßgeblich und wie planen Sie diese in der kommenden Legislatur gezielt zu verbessern?*
- a. *Bedarfsgerechte Angebote in oder im Umfeld der Kindertageseinrichtung (One-Stop-Shop-Prinzip):*
 - b. *Partizipation der Eltern - Eltern als Experten für ihre Kinder ernst nehmen (§ 14 KitaFöG):*
 - c. *Zusätzliche Faktoren, die aus Sicht der FDP maßgeblich sind*

Die FDP wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Pflege und Beruf weiter verbessern. Einen wichtigen Beitrag dazu leisten Bildungseinrichtungen, wenn auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen eingegangen wird.

Die FDP wird deshalb flexible Öffnungszeiten in frühkindlichen Einrichtungen fördern, Tagesmütter und Tagesväter unterstützen und bürokratische Überregulierungen abbauen. Außerdem muss die Suche nach einem Kita- oder Krippenplatz vereinfacht werden: Berlin muss eine zentrale Stelle einrichten, um freie Plätze eindeutig abzubilden.

Die FDP wird die Ganztagsbetreuung an den Grundschulen qualifizieren und einen besseren Austausch mit Vereinen und anderen Organisationen wie zum Beispiel den Musikschulen einfordern.

Die FDP wird das Problem der Betreuung in den Schulferien direkt angehen. Hier muss den Eltern eine größere Entscheidungsfreiheit gegeben werden. Damit die Betreuungslücke wegfallen kann, muss es eine enge Kooperation zwischen den Einrichtungen geben.

IV Inklusion und Umgang mit Heterogenität in Kindertageseinrichtungen

Nach einer Expertise der Robert Bosch Stiftung (Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement) eignen sich Familienzentren besonders, um eine Integration von Flüchtlingen vor Ort zu fördern. Durch die Sozialraumorientierung und dem bedarfsgerechten ganzheitlichen Angebot sind Familienzentren (bzw. Eltern-Kind-Zentren, Kinder- und Familienzentren oder Familienkitas) ideale Brückenbauer zwischen Familien mit Fluchterfahrung und dem Sozialraum.

- 1) *Welche Rolle haben aus Sicht der FDP Kindertageseinrichtungen und vor allem Familienzentren bei der Integration von neuzugewanderten Familien in Berlin?*
- 2) *Welche Chancen ergeben sich aus Sicht der FDP aus der Inklusion im frühkindlichen Bereich?*
- 3) *Welche Chancen sieht die FDP in der aufsuchenden Arbeit in den Familien, um die Integration von Familien mit Fluchterfahrungen zu fördern?*
- 4) *Möchte die FDP interkulturelle und interreligiöse Kompetenzen bei pädagogischen Fachkräften an Kindertageseinrichtungen und in der Familienbildung fördern?*
 - a. *Plant die FDP bei einer Regierungsbeteiligung diesbezüglich eine finanzielle und/oder fachliche Unterstützung für Fachkräfte?*

- b. *Ab wann gilt aus Sicht der FDP ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz (03) für Kinder, die geflüchtet sind? Und ab wann sollte er gelten, um die Bildungschancen der Kinder mit Fluchterfahrung zu fördern?*
- c. *Wie plant die FDP in der kommenden Legislatur eine Integration von Familien mit Fluchterfahrung vor Ort zu fördern?*

Ad 1: Bildungseinrichtungen nehmen bei der Integration von Flüchtlingsfamilien eine wesentliche Rolle ein. Sie ermöglichen den Zugang zu Bildung, sind daher von elementarer Bedeutung für eine nachhaltige Integration in unserer Gesellschaft. Insbesondere die Sprachförderung schafft hier die Voraussetzung!

Ad 2: Inklusion im frühkindlichen Bereich sieht die FDP als große Chance, dass bereits in jungen Jahren die Erfahrung gemacht werden kann, dass es normal ist, anders zu sein! Dies ist ein wesentlicher Baustein, Diskriminierungen zu vermeiden und einer - in den Köpfen - barrierefreien Gesellschaft näher zu kommen.

Ad 3: Aufsuchende Hilfe ist ein wichtiges Instrument, um Menschen mit einem hohen Schutzbedürfnis zu unterstützen.

Ad 4: Der interkulturellen und interreligiösen Kompetenz bei den pädagogischen Fachkräften kommt eine immer größer werdende Bedeutung zu. Deshalb sollen entsprechende Inhalte Bestandteil der jeweiligen Ausbildung bzw. Qualifizierung sein.

Ad 5: Flüchtlingskinder müssen direkt die Möglichkeit haben, Bildung wahrnehmen zu können. Ein Kita- bzw. ein Schulplatz ist Voraussetzung für Bildung und Integration, sie müssen daher jedem Kind, jedem Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden. Ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz muss mit der Anerkennung erfolgen.

Ad 6: Die Vermittlung von Kita- und Schulplätzen klappt in Berlin recht gut. Die Einrichtung von Willkommensklassen muss daher auch weiter Priorität haben, wobei diese Klassen weiterhin Bestandteil der Schule sein sollen, damit ein Wechsel in die Regelklasse erfolgen kann. Allerdings sollte den Kindern und Jugendlichen in den Schulferien ein besonderes Angebot gemacht werden, um die Intergration voranzubringen. Diese Konzepte fehlen, was bedauerlich ist.

Zusätzlich ist es erforderlich, weitere Anstrengungen zu unternehmen, damit die Jugendlichen ihre Ausbildungsreife erhalten, um sich auch auf dem Arbeitsmarkt integrieren zu können.

V. Zuständigkeitsübergreifende Kooperationen

Kinder- und Familienzentren befinden sich an der Schnittstelle von Gesundheits-, Jugend- und Sozialamtszuständigkeit. Ein Charakteristikum für pädagogische und soziale Dienstleistungen in Deutschland sind Vielfalt und Nebeneinander unterschiedlicher Angebotsformen und Träger von Angeboten. Für einzelne Familien und Kinder sind alle Ämter zuständig. Die Träger- und Angebotsvielfalt trägt dann, wenn regelmäßig Abstimmungen zwischen ihnen stattfinden. Bislang findet eine familienbezogene Koordination der Zuständigkeiten und Angebote kaum statt.

- 1) *Welche Maßnahmen plant die FDP zur Entsäulung der Zuständigkeiten für eine verbesserte Abstimmung der Angebote von Dienstleistern wie Jugendhilfe, Sozialhilfe und dem Gesundheitswesen?*

- 2) *Die Unterstützung durch das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes erreicht aus Sicht des BVdFZ nicht die Familien, die sie benötigen. Welche Angebote und Maßnahmen plant die FDP um Multiproblemfamilien in Berlin zu erreichen und sie zu unterstützen?*

Das BuT erreicht in der Tat nicht die Familien. Es muss daher umgedacht werden. Die FDP will auf Bundesebene eine Zusammenführung der familienpolitischen Maßnahmen, damit sie besser und gezielter greifen können. Dazu gehört es auch, das BuT neu zu denken. Ziel muss sein, dass die Förderung beim Kind ankommt.

Generell tritt die FDP für den Abbau von Bürokratie ein. Die Idee des integrierten Ansatzes, wie er mit den gemeinsamen Servicestellen im Bereich der Rehabilitation nach SGB IX bereits eingeschlagen wurde, macht Sinn und sollte ausgebaut werden. Hierfür werden wir uns in der kommenden Legislaturperiode im Bund einsetzen.

FDP Berlin, 12. Juli 2016